

Nr. 5.2.1.04

Schreiben Wilhelm Mayer an das Auswärtige Amt (12.09.1920)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAAA R 34651

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

Die Frage, inwiefern Deutschland in der Lage war, die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen aufzubringen, gehörte zu Beginn der 1920er Jahre zu den zentralen und am emotionalsten diskutierten Problemen. John Maynard Keynes argumentierte in seinem Bestseller "The Economic Consequences of the Peace" (1919), dass Deutschland durch die Reparationen und weitere Sanktionen seine unverzichtbare Rolle in der europäischen wirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht länger erfüllen könne und dadurch auch nicht in der Lage sei, die Reparationen in der geforderten Höhe zu bezahlen. Hingegen wurde, wie der deutsche Botschafter in Paris Wilhelm Mayer hier berichtet, gerade in Frankreich argumentiert, dass Deutschlands wirtschaftliche Stellung durch den Ersten Weltkrieg nicht nachhaltig erschüttert worden sei. Die - auch durch die Inflation bedingten - Exporterfolge nach dem Ersten Weltkrieg schienen das aus französischer Sicht zu bestätigen. Die Frage: "Kann Deutschland zahlen?" sollte die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen während der gesamten Zeit der Weimarer Republik prägen und belasten.

DEUTSCHE BOTSCHAFT IN FRANKREICH

Paris, den 12. September 1920

A. 1048 E.202

Im Anschluss an den Bericht vom 8. d.M. A.1029-Nr.206.

In seinem zweiten offenen Brief an die Redaktion des "Temps" beschäftigt sich der Senator des Aisne-Departements Chénobenoit mit der Frage: "Kann Deutschland zahlen?"

Er führt aus, ganz Deutschland halle wieder von dem Rufe: "Wir können nicht bezahlen". Keynes habe durch Tatsachen und Zahlen diese Behauptung zu stützen versucht und sei mit der Grund für zahlreiche Bestrebungen, den Friedensvertrag abzuändern, gewesen. Demgegenüber weist Chénobenoit auf das Buch Raphael-Georges Lévy: "La juste paix" hin, in dem Keynes glänzend widerlegt werde.¹ (Es handelt sich um die zunächst in der Revue des deux Mondes erschienenen Aufsätze Lévy's, die eine heftige, aber sachlich schwache Polemik gegen Keynes Buch, dessen Herausgabe auch in französischer Sprache drohte, bildeten. Sie wurden wegen des Eindrucks, den sie in französischen Leserkreisen fanden, später nochmals in Buchform herausgegeben.)

Mit Lévy müsse man davon ausgehen, dass Deutschlands industrielle und landwirtschaftliche Kraft, durch den Krieg nicht berührt, nach anfänglichem Schwanken und Zögern bereit sei, wieder Vorkriegsform anzunehmen. Wie dieser Zustand gewesen sei, habe Helfferich in seinem anerkannten Buch über das Volksvermögen Deutschlands gezeigt.² Danach habe Deutschland im Jahre 1907 Maschinen mit 8 Millionen Pferdekraften besessen, im Jahre 1912 habe es 4712 Gesellschaften mit einem Kapital von 19 Milliarden gegeben, die Sparkassenguthaben hätten 22 Milliarden betragen und seien keineswegs[2] zurückgegangen. Vom Weltbedarf

1 Lévy, Paix.

2 Helfferich, Volkswohlstand.

an Eisen habe Deutschland ein Viertel und an Stahl noch mehr geliefert. In ausländischen Unternehmungen habe Deutschland 25 Milliarden Mark. Bucher habe das deutsche Volksvermögen sogar auf 445 Mrd. Fr. berechnet.

Gewiss sei Deutschland durch den Krieg betroffen worden. Aber die Erholung sei allgemein, die Aktien ständen hoch (Deutsche Bank 194:303), Hapag 101:172 usw.) Der Kurs der Mark erkläre diese Tatsachen nur teilweise, die Dividenden, meist 30% in der Metallurgie bewiesen auch, dass Deutschland nicht ärmer geworden sei. Es ergäbe sich daraus, dass Deutschland zahlen könne, wolle aber nicht. Aber Statistik treiben sei nicht nötig, die Reparationskommission solle ja laut Friedensvertrag von Zeit zu Zeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen. (Annex 2, §12). Frankreich mit seinen 39 Millionen Einwohnern habe einen Haushalt von 27 Milliarden Fr., Deutschland mit 63 Millionen Einwohnern müsste dementsprechend einen Etat von 45 Milliarden aufweisen - ganz abgesehen davon, dass Frankreichs zerstörte Gebiete besonders zu berücksichtigen wären. Nun brauche Deutschland kein Marinebudget und ein beschränktes Heeresbudget. Vor dem Krieg habe der deutsche Haushalt 3 Milliarden Fr. betragen. Wenn dann noch der Tiefstand der Mark berücksichtigt würde, blieben dann 30 Milliarden verfügbar. Dies entspreche einer 6%igen Verzinsung eines Kapitals von 500 Milliarden (Lévy). Wenn nun die Reparationskommission die Jahressumme auf nur 15 Mrd. Fr. festsetzen würde, hätte Deutschland noch einen grossen Posten verfügbar, um den Unterschied zwischen der Goldmark und dem Kurs der Papiermark auszugleichen.

So sei die Frage, ob die Konferenz in Spa³ nötig sei, aufzuwerfen. Für die Festsetzung des Umfangs der Schuld vielleicht nicht, da diese durch Experten – selbst internationale –[3] und die Reparationskommission⁴ geschehen könne. Aber die Frage der Sanktionen könnte den Anlass geben. Der § 18 des Annexes 2 enthielte nur die Möglichkeit von Sanktionen. Bei den Massregeln, die zu ergreifen seien, könne man an die deutschen Staatseinkünfte, die Zölle denken oder an die Besetzung eines Landes, das den Sedantag lauter als je feiert.

Wenn dergleichen das Ergebnis der Konferenz in Genf sein würde, dann könnte man sagen: "Der Friedensvertrag ist vollendet."

3 Die Konferenz von Spa fand vom 5. bis zum 16. Juli 1920 im belgischen Kurort Spa statt und war die erste Konferenz nach dem Ersten Weltkrieg, an der wieder deutsche Staatsmänner teilnahmen. Gegenstand war die deutsche Entwaffnung und die Reparationszahlungen. *Leonhard, Frieden, 1001.*

4 In § 233 sah der Versailler Vertrag die Einrichtung eines Wiedergutmachungsausschusses vor, der den Betrag der deutschen Reparationen festlegen und ihre Leistung überwachen sollte. Die Vertreter der Entente mit Ausnahme Russlands entsandten dabei jeweils einen Delegierten in diesen Ausschuss. *Leonhard, Frieden, 800–812.*